

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 41 (1962)
Heft: 9

Artikel: Das Weltbild des modernen Sozialismus
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337366>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

schen der Profitwirtschaft und den arbeitenden Menschen, die gesund und vernünftig leben wollen und die nicht Sklaven der modernen Industrie und Technik, sondern die Herren sein wollen.

J. W. BRÜGEL

Das Weltbild des modernen Sozialismus

Bemerkungen zur Deklaration von Oslo

Als nach manchen Irrungen und Wirrungen 1951 die Sozialistische Internationale neu erstand, ist sie mit einer «Erklärung über die Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus» ins Leben getreten, die nach dem damaligen Kongreßort als «*Frankfurter Deklaration*» fortlebt¹. Es war in der Geschichte der sozialistischen Bewegung die überhaupt erste ideologische Deklaration dieser Art, die mit ihrer deutlichen Abgrenzung sowohl von Kapitalismus als auch Kommunismus dem Weltbild des demokratischen Sozialismus sein festes Fundament gab. Natürlich hat diese Erklärung eine Reihe von Redaktionskomitees passiert und dabei manche Veränderungen erfahren. Im Wesen war sie aber doch das Produkt eines Mannes, des 1952 vorzeitig verstorbenen französischen Sozialisten Salomon *Grumbach*, dem es vor allem zu danken war, daß es sich hier um ein in sich geschlossenes Dokument aus einem Guß handelt. Wer es nach mehr als einer Dekade nachliest, wird sich an der kristallinen Klarheit der Formulierungen erfreuen, die heute ebenso Geltung haben wie 1951. Es war eine Erklärung, die alle echten demokratisch-sozialistischen Anschauungen auf einen Nenner brachte und von allen akzeptiert werden konnte, die in den Worten der Deklaration als gemeinsames Ziel anstreben «eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens». Ganze Passagen aus der Frankfurter Erklärung konnten unverändert in manche neue Parteiprogramme übernommen werden, darunter auch in das der schweizerischen Sozialdemokratie.

Frankfurt nicht überholt

Obwohl also niemand das Gefühl hatte, daß die Deklaration von 1951 irgendwie «überholt» oder unbrauchbar geworden wäre, wurde 1961 doch der Gedanke aufgegriffen, eine neue Proklamation der Ziele des demokra-

¹ Der Wortlaut dieser Erklärung findet sich in der «Roten Revue», Heft 7/1951, Seiten 317—324. Siehe dazu auch den Kommentar von J. W. Brügel in Heft 12/1951, Seiten 522—528.

tischen Sozialismus zu schaffen. Die Gründe waren mannigfaltig. Allzuviel hatte sich seit 1951 ereignet, was nach ideologischer Wertung drängte. Es waren die atemberaubenden technischen Errungenschaften der letzten Jahre, die materiellen und ideologischen Folgen einer nahezu ununterbrochenen Prosperitätsperiode in den industrialisierten Ländern, die dramatische Entwicklung im kommunistischen Sektor, die Verdammung des toten Tyrannen durch den lebenden, vor allem aber die in ihrer Wucht nicht vorhergesehene endliche Überwindung des Kolonialismus in weiten Teilen der Welt und das Erstehen einer Reihe selbständiger Staaten von bisher geschichtslosen Nationen. Wie steht der demokratische Sozialismus zu allen diesen Dingen? Hat er etwas ideologisch zu revidieren?

Die Aufgabe, eine neue Erklärung zu schaffen, erwies sich als weit schwieriger, als man ursprünglich annahm. Als man die Dinge prüfte und überprüfte, sah man erst, was für ein ausgezeichnetes und immer noch gültiges Dokument sozialistischen Wollens und Trachtens man 1951 geschaffen hatte. Man war sich ohne weiteres darüber einig, daß die neue Erklärung das aussprechen und den Inhalt der Frankfurter Deklaration bekräftigen sollte. Aber gerade das hat die Erfüllung des Auftrages, etwas Neues zu schaffen, das ja nicht eine bloße Paraphrasierung sein durfte, wesentlich erschwert. Dazu kam, daß man diesmal nicht einen einzigen Autor hatte, sondern daß ein Komitee nach dem andern sich der Aufgabe des Formulierens unterzog. Es gab kaum ernste Meinungsverschiedenheiten über den Inhalt dessen, was man ausdrücken wollte. Aber es erwies sich auf dem Kongreß der Sozialistischen Internationale in Rom im Oktober 1961 als unmöglich, das, was zu sagen man einig war, in einer Form zu sagen, die allen Wünschen entsprochen hätte. Es war für *Hugh Gaitskell* — einen der Autoren der Deklaration — sicher nicht sehr erfreulich, als er in Rom verlaublich mußte, man habe nach tagelanger Redaktionsarbeit sich entschließen müssen, die definitive Entscheidung zu verschieben und von dem Vorsitzenden der niederländischen Partei, *J. G. Suurhoff*, die Ausarbeitung eines neuen Textes zu verlangen. Die neue Fassung wurde dann wieder zwischen den einzelnen Mitgliedsparteien verhandelt, mit dem Erfolg, daß der definitive Text von der Tagung des Generalrates der Internationale in Oslo in den ersten Junitagen einstimmig angenommen werden konnte.

Ausdruck der gemeinsamen Auffassungen

Die Erklärung von Oslo, «*Die Welt von heute — sozialistisch gesehen*», soll nach den Worten Suurhoffs, der in Oslo als Berichterstatter fungierte, die Deklaration von Frankfurt weder ersetzen noch ergänzen. Sie beruft sich auf sie, bekennt sich zu ihren Grundsätzen, baut auf ihnen weiter. Aber es ist doch gelungen, hier ein ganz selbständiges Dokument zu schaffen, das

für sich allein bestehen kann. Es ist weder eine «marxistische» noch eine «nichtmarxistische» Erklärung, sondern ebenso wie die Deklaration von Frankfurt eine, die das Gemeinsame aller sozialistischen Auffassungen ausdrückt. Es ist keine «revisionistische» Erklärung, die das «über Bord wirft», was manche als «ideologischen Ballast» betrachten und andere als ewige Wahrheiten, die man unter veränderten äußeren Verhältnissen nur anders ausdrücken sollte. In einem Punkt wird allerdings «revidiert», aber da wird sich kaum in irgendeinem Lager Widerspruch erheben: die neue Erklärung spricht aus, daß «die Geschichte den Lehrsatz von der zunehmenden Verelendung des Proletariats nicht bestätigt» habe. Ohne sich auf genaue Rezepte einzulassen, die für Länder von ganz verschiedenen Entwicklungsstufen nicht einmal gegeben werden könnten, wenn ideologisch über diese Rezepte Einmütigkeit bestünde, wird doch *staatliche Intervention in der Wirtschaft* und *Ausdehnung des Sektors der öffentlichen Wirtschaft* für die entwickelten Industriestaaten verlangt.

Blick auf die neuen Nationen

Europäische Sozialisten werden in der Erklärung kaum viel Neues finden oder sich Gedankengängen gegenübersehen, die ihnen nicht seit langem vertraut sind. Was an Kritik des Kapitalismus und Kritik des Kommunismus gesagt wird, sind die durch die neuen Erfahrungen des letzten Jahrzehnts bereicherten Erkenntnisse von 1951 — was keineswegs besagt, daß manche neue Formulierungen nicht höchst beachtlich sind. Aber der eigentliche Wert der neuen Erklärung liegt in ihrer Bedeutung für die in den letzten zehn Jahren erstandenen Staaten ehemaliger Kolonialvölker, liegt in den Abschnitten «Der Sozialismus und die neuen Staaten» und «Der Sozialismus und der Weltfriede». So wenig man im Sinne hatte, die Moskauer Deklaration der kommunistischen Parteien vom November 1960 zu beantworten oder ihrem eventuellen Effekt auf die zu neuer Staatheit erwachten Völker durch Lizitieren entgegenzuwirken, liegt es einfach in der Natur der Sache, daß sich gewisse Parallelen ergeben. In Afrika, Asien und Lateinamerika tobt ein erbittertes Ringen um die Seelen der Menschen. Der Kommunismus möchte es so darstellen, als würde hier der «Westen» als Repräsentant des unverbesserlichen und nur durch Revolte zu besiegenden Kolonialismus die abhängigen oder halbabhängigen Völker niederhalten, in deren Befreiungskampf sie uneigennützig und bedingungslos Hilfe vom «Friedenslager», vom Kommunismus erhalten. Auf der anderen Seite der Barrikade möchte eine simplifizierende Ausdeutung das Ganze nur als einen Bestandteil des vor allem in Europa vor sich gehenden Kampfes zwischen Demokratie und Diktatur hinstellen. So einfach sind die Dinge nun nicht. Ist der König von *Nepal*, der die freigewählte sozialdemokratische Regierung seines Landes

eingesperrt hat, nun Unterdrücker oder Unterdrückter? In der Politik aller der neuen Staaten mischen sich nationalistische mit sozialistischen Elementen — bedeutet das einfach einen Sieg sozialistischer Gedankengänge, die dort in der den jeweiligen Verhältnissen angepaßten Weise Eingang gefunden haben? Sind die vielfach autoritären, keine Opposition duldenden Regime der neuen Staaten Diktaturen im übelsten Sinne des Wortes, oder ist eine andere Entwicklungsweise kaum möglich, da die Kolonialmächte es verabsäumt haben, die Voraussetzungen für ein demokratisches politisches Leben schaffen zu helfen? Werden nicht mit dem Verschwinden unverteidigbarer Vorrechte auch einige sehr gut begründete Rechte beseitigt? Sehen wir nicht fast in jedem der neuen Staaten Abspaltungstendenzen, deren Berechtigung wir nicht zu beurteilen vermögen, die aber mit aller Kraft unterdrückt werden?

Auf alle diese ernsten Fragen gibt es keine eindeutige Antwort, außer der natürlich unbefriedigenden, daß eben viele gute Entwicklungsmöglichkeiten durch das späte Verschwinden des Kolonialismus verschüttet wurden. Doch worauf es im Augenblick vor allem ankommt, ist, die Botschaft des demokratischen Sozialismus, die von Europa ausgegangen ist, nun in einer Form zum Ausdruck zu bringen, die in den neuen Ländern verstanden wird und ihnen eine Verheißung bedeuten kann. Erst dann wird man von Fall zu Fall die verwirrende Fülle der Fragen prüfen können, die von dort aus auf uns einstürmen.

Die Frage des Neutralismus

Natürlich bekennt sich der demokratische Sozialismus in der Erklärung von Oslo rückhaltslos zum Befreiungskampf der Kolonialvölker; damit ist kaum etwas Neues ausgedrückt, so wichtig trotzdem die Feststellung ist, daß «der Westen» — und erst recht der demokratische Sozialismus — nicht mit Kolonialismus identisch ist. Aber in zwei wichtigen Punkten geht die Erklärung über frühere Deklarationen hinaus. Sie billigt den neuen Staaten das Recht zu, sich von aller wirklichen oder angeblichen Machtpolitik fernzuhalten, und sie bemüht sich zum erstenmal um eine Definition des Verhältnisses des seinem ganzen Wesen nach internationalen Sozialismus zu den nationalen und oft nationalistischen Bestrebungen, die einen so kräftigen Charakterzug im Kampf der Kolonialvölker und derer sind, die noch vor kurzem zu ihnen zu rechnen waren.

Die Frage des «Neutralismus» war die Hauptschwierigkeit bei der zuerst in Rom versuchten und dann in Oslo erzielten Einigung über den Text der neuen Erklärung. Sie lag nicht so sehr in gegensätzlichen Auffassungen als in dem Versuch, etwas, worüber man sachlich einig war, in einfachen und unmißverständlichen Worten zu formulieren. Die Sozialistische Internationale als solche wollte niemals ihren Mitgliedsparteien eine bestimmte Haltung

zur Verteidigung der Freiheit vorschreiben. Sie hat ebenso die Unterstützung gebilligt, die etwa die französische oder die dänische Mitgliedspartei dem NATO-Pakt gewähren, wie für die neutrale Haltung Österreichs, Schwedens und der Schweiz Verständnis bewiesen. Bei den Staaten Afrikas oder Asiens handelt es sich aber um etwas anderes als traditionelle und bloß militärische Neutralität. Hier hat man es zu tun mit der aus den Traditionen, also aus der Feindschaft gegen alles, was an Kolonialismus erinnert, geborenen Entschlossenheit, auch ideologisch sich von dem Streit zwischen West und Ost fernzuhalten. Es geht nicht darum, ob diese Haltung auch vom Standpunkt der Länder, die sie vertreten, richtig ist. Es ist eine Tatsache, daß diese Länder, weit entfernt davon, sich von kommunistischen Gedankengängen einfangen zu lassen, auch der antikommunistischen Argumentation des demokratischen Sozialismus in Europa wenig Verständnis entgegenbringen. Sie halten das für einen Streit, der sie nichts oder nur wenig angeht, und den die Europäer und Nordamerikaner friedlich austragen sollen. Auf diese Tatsache ist in dem Kapitel der Erklärung Bedacht genommen, das sich mit der Weltsituation beschäftigt, das Drängen des demokratischen Sozialismus nach internationaler Abrüstung unterstreicht, aber auch den entschiedenen Willen betont, die Freiheit zu verteidigen. Von dem Wunsch vieler Länder nach Bündnisfreiheit sprechend, sagt die Deklaration:

«Die Internationale achtet den Wunsch von Völkern, frei über ihr Geschick zu entscheiden, ohne in die Machtverhältnisse der übrigen Welt verwickelt zu werden. Die meisten westlichen Demokratien gehören der NATO an. Die demokratischsozialistischen Parteien der NATO-Länder sehen in diesem Bündnis ein mächtiges Bollwerk des Friedens und wünschen, es mit aller Entschiedenheit aufrechtzuerhalten.»

Die positiven Seiten des Nationalgefühls

In der Wertung des Nationalismus, der eine nicht zu übersehende Komponente aller Befreiungsbewegungen der letzten Jahre und Jahrzehnte bildet, beschreitet die Deklaration von Oslo Neuland. Der Sozialismus war von jeher eine internationale Bewegung. Er war nationalen Bestrebungen deshalb nicht feindlich gesinnt, sondern hat im Gegenteil versucht, sie — insbesondere wo es sich um unterdrückte Völker handelte — auf einen gemeinsamen Nenner mit dem Befreiungskampf der unterdrückten oder um ihren vollen Anteil geprellten sozialen Klassen zu bringen. Ein typischer Fall, der heute vergessen ist und in Erinnerung gerufen werden kann, ohne daß man fürchten müßte, vernarbte Wunden aufzureißen, war die österreichische Sozialdemokratie vor 1918. Sie hat sich, die ursprünglich eine österreichische Internationale von Deutschen und Tschechen, Polen und Italienern dar-

stellte, ehrlich bemüht, sowohl die sozialen als auch die nationalen Probleme des nun einmal gemeinsamen Landes nach einheitlichen sozialistischen Grundsätzen zu regeln. Nirgends wurde das nationale Problem, die Frage des Zusammenlebens mehrerer Völker in einem Staat, gründlicher vom sozialistischen Standpunkt beleuchtet als in den Schriften von *Karl Renner* und *Otto Bauer*. Trotzdem ist es nicht einmal gelungen, die Einheit einer multinationalen Partei aufrechtzuerhalten. Die tschechischen, die polnischen, ukrainischen und italienischen Sozialisten hatten sich im alten Österreich organisatorisch selbständig gemacht und ließen die deutschen Sozialisten allein. Man hat das den slawischen und romanischen Sozialisten damals als Abirrung vom Weg eines konsequenten Internationalismus verdacht, als Konzession an ihre nationalistische Bourgeoisie. Die übriggebliebene Rumpfpartei hat sich ungeachtet dessen mit dem Freiheitskampf der nichtdeutschen Völker Österreichs weiter solidarisiert, den vermeintlichen Spaltern aber bittere Vorwürfe gemacht, daß sie nationalistische über sozialistische Gesichtspunkte stellen. Heute würde man die Dinge vielleicht etwas anders sehen. Den Tschechen und Polen von 1918 entsprechen die Senegalesen und Malaien von 1962. Die sozialistischen Parteien Asiens haben sich schon vor fast zehn Jahren zu einer eigenen Internationale, der «Sozialistischen Konferenz Asiens», zusammengefunden, die mit der Sozialistischen Internationale zusammenarbeitet, aber nicht daran denkt, ihr kollektiv beizutreten oder die Eigenexistenz aufzugeben. Man hat in diesem Fall zur Kenntnis genommen, was man bei den Tschechen und Polen noch als Verrat am internationalen Gedanken empfunden hatte. Es haben sich eben zu viele Ressentiments angesammelt, die sich, so grotesk das auch ist, selbst gegen jene Kräfte in Europa auswirken, die die anerkannt verlässlichsten Verbündeten der ehemaligen und jetzigen Kolonialvölker sind. Dem wird in der Erklärung von 1961 in einer höchst bemerkenswerten Wendung Rechnung getragen, die in eine Warnung vor extremem Nationalismus und einer Politik des bloßen nationalen Prestiges eingebettet ist:

«Die Sozialistische Internationale anerkennt das Recht aller Völker auf Selbstbestimmung. *Das Nationalgefühl führt oft zu befreienden und erhebenden Taten*, aber zu extremem Nationalismus entartet, kann es Freiheit und Fortschritt der Menschen bedrohen.»

Fügen wir hinzu, daß diese vorsichtige Verbeugung vor den positiven Seiten des Nationalgefühls im englischen Urtext der Deklaration eine vor dem Nationalismus schlechweg ist. Mit gutem Recht hat die offizielle deutsche Übersetzung sich hier für das weniger verfängliche Wort «Nationalgefühl» entschieden, weil im deutschen Sprachbereich zum Unterschied vom englischen der Begriff «Nationalismus» angesichts der in seinem Namen ver-

übten Schandtaten besonders diskreditiert erscheint. Nichtsdestoweniger liegt hier etwas vor, was weit mehr als eine Verschiebung in der Betonung ist.

Auch der Abschluß der Erklärung von 1962 knüpft wieder an die Worte ihrer Vorgängerin von 1951 an und sagt gerade heraus, daß die ganze sozialistische Überzeugung in Frankfurt in die schöne Formel gefaßt wurde:

«Die Sozialisten ringen um eine Welt des Friedens und der Freiheit, um eine Welt, die die Ausbeutung von Menschen durch Menschen und von Völkern durch Völker nicht kennt, um eine Welt, in der die Entwicklung der Persönlichkeit des einzelnen die Voraussetzung ist für die fruchtbare Entwicklung der ganzen Menschheit.»

Das ist eine Wahrheit, die es in Europa mit der gleichen Leidenschaft zu verkünden gilt wie in irgendeinem anderen Teil der Welt.

EDI SCHÄTTI

Vom russischen Sendungsbewußtsein

Wenn im Nachfolgenden vom russischen Sendungsbewußtsein die Rede sein soll, so ist zunächst eine Präzisierung des Begriffes angezeigt. Professor Dr. Carlo Schmid hat in seinem Artikel «Wir Deutschen und die Juden» (vergleiche «Rote Revue», Heft 2 und 6, 1961) darüber einige interessante Ausführungen gemacht.

Unter Sendungsbewußtsein versteht Carlo Schmid den Anspruch eines Volkes, das messianische Volk zu sein, das Volk, dem eine Verheißung geschenkt und auferlegt wurde. Als Beispiel nennt er das jüdische Volk. Ihm war die Verheißung auferlegt, den Messias hervorzubringen, der diese Erde in ein Gottesreich verwandeln wird. Nach der Meinung von Carlo Schmid war auch das deutsche Volk immer wieder von einem solchen Bewußtsein getragen. Denken wir nur an das Wort, daß am deutschen Wesen einmal die Welt genesen könnte, oder denken wir an die Dichtung eines Novalis und Hölderlin, welche das deutsche Volk als ein priesterliches Volk sahen, ein Volk, das «Rat gibt rings den Königen und Völkern».

Damit haben wir mit Carlo Schmid bereits erkannt: noch nicht von Sendungsbewußtsein kann gesprochen werden, wenn «ein Volk sich für den Lauf der Welt verantwortlich fühlt und sich eine bestimmte Aufgabe zuordnet. So sahen die Briten ihre Aufgabe darin, der Welt vorzuleben, wie man Freiheit mit Bindung, Fortschritt mit Beharrung, Herrschaft mit Dienst verbinden kann. Aber von dem Charakter einer Verheißung kann hier nicht gesprochen werden. Es handelt sich hier lediglich um eine Forderung, die man an sich